Der leise Umbau

05. April 2026

Wie Europas Zivilgesellschaft unter Druck gerät – und warum sie zurückschlägt

Es beginnt nicht mit einem Knall. Kein Putsch, keine Panzer vor den Parlamenten. Es beginnt mit Fragen. 295 Anfragen zu zivilgesellschaftlichen Organisationen von der AfD im Bundestag, die CDU reichte dazu eine große Anfrage mit über 550 Einzelfragen ein – nicht, um aufzuklären, sondern um zu markieren: Wer widerspricht, steht unter Beobachtung. Wer organisiert, wird verdächtig. Demokratie als Verhörform.

Was hier sichtbar wird, ist ein neuer Modus der Macht. Die offene Repression ist selten geworden, die indirekte umso wirkungsvoller. Parlamentarische Instrumente, einst geschaffen zur Kontrolle der Regierung, werden umgedreht: gegen jene, die die Regierung – und ihre politischen Gegner – kontrollieren sollen. NGOs, lange das Korrektiv der liberalen Demokratie, geraten ins Fadenkreuz. Ihre Finanzierung, ihre Gemeinnützigkeit, ihre Legitimität – das wird nicht nur infrage gestellt, sondern auch exekutiert. Nicht als Einzelfall, sondern als Strategie.

Der Londoner Guardian stellt fest, dass Deutschland dabei kein Ausreißer ist, sondern Teil eines europäischen Musters. In Italien wird die Verschiebung gesetzlich gegossen. Unter dem Banner von „Law and Order“ entstehen Gesetze, die Protest in Straftat verwandeln: Straßenblockaden, ziviler Ungehorsam, selbst passiver Widerstand – kriminalisiert. Wer demonstriert, zahlt künftig womöglich Kaution. Wer protestieren könnte, kann vorsorglich festgesetzt werden. Der Staat antizipiert den Widerspruch – und neutralisiert ihn, bevor er entsteht.

Frankreich geht einen anderen Weg: administrativ, bürokratisch, scheinbar technokratisch. Organisationen berichten von Überwachung, Diffamierung, der Drohung mit Auflösung. Fördergelder versiegen, Räume verschwinden. Die Botschaft ist subtiler, aber nicht weniger klar: Engagement hat Konsequenzen.
Und dann Ungarn – das Labor dieser Entwicklung. Hier ist sichtbar, wohin der Weg führen kann. NGOs werden als „ausländische Agenten“ markiert, steuerlich verfolgt, medial diskreditiert. Demonstrationen verboten, Minderheitenrechte beschnitten. Eine „illiberale Demokratie“, wie Viktor Orbán es nennt – eine Ordnung, in der Wahlen stattfinden, aber Opposition verdampft.

Was all diese Fälle verbindet, ist kein einheitliches Programm, sondern eine gemeinsame Logik: die Verengung des zivilgesellschaftlichen Raums. Der Rechtsstaat bleibt formal intakt, doch seine soziale Infrastruktur wird ausgehöhlt. Demokratie reduziert sich auf Institutionen – und verliert ihre Praxis.
Denn der Rechtsstaat lebt nicht von Gerichten allein. Er lebt davon, dass Menschen sich einmischen, organisieren, widersprechen. Dass sie Informationen einfordern,

Entscheidungen anfechten, Öffentlichkeit herstellen. Wird dieser Raum eingeschränkt, verschiebt sich das Gleichgewicht – leise, aber nachhaltig.
Auffällig ist dabei die rhetorische Umkehr. Zivilgesellschaftliche Akteure erscheinen plötzlich als Problem: als „politisch“, als „einseitig“, als „gegen das Volk“. Engagement wird zur Parteinahme umgedeutet, Kritik zur Delegitimation. Wer widerspricht, gilt nicht mehr als Teil der Demokratie, sondern als ihr Gegner.
Doch genau hier registriert der Guardian einen Gegenimpuls: In Berlin demonstrieren „Omas gegen Rechts“, in Italien Arbeiter und Klimaaktivisten, in Frankreich Umweltgruppen und Menschenrechtsinitiativen. In Polen wirkt die Zivilgesellschaft weiterhin als Korrektiv, als Frühwarnsystem, als Gedächtnis politischer Konflikte.

Diese Bewegungen eint weniger ein Programm als ein Reflex: die Verteidigung eines Raums, der kleiner wird. Sie bestehen darauf, dass Demokratie mehr ist als Wahltermine und Verfassungsgerichte. Dass sie ein soziales Gefüge ist – verletzlich, aber widerständig.

Der Guardian beschreibt diese Entwicklung als „Normalisierung der Repression“. Vielleicht liegt die eigentliche Gefahr genau darin: dass das Außergewöhnliche alltäglich wird. Dass Einschränkungen nicht mehr als Bruch erscheinen, sondern als Anpassung. Dass man sich gewöhnt.

Und genau dagegen richtet sich der Satz, der über dem Text steht: „Den Kopf heben. Widerstand leisten. Zusammen.“ Denn was hier verhandelt wird, ist nicht nur die Zukunft einzelner NGOs. Es ist die Frage, ob Demokratie noch als Praxis existiert – oder nur noch als Form.